

# Freie Rundschau Leoben

[www.fpoe-leoben.at](http://www.fpoe-leoben.at)

<https://de-de.facebook.com/FPLeoben>

## Ende der Biogasanlage absehbar

Warum wird eine baldige Schließung der Leobener Biogasanlage immer wahrscheinlicher?

### Ein wirtschaftlicher Betrieb scheint unmöglich

Positive Fortführprognosen scheinen mehr Wunschenken der geldgebenden Bank und keine wirtschaftliche Realität zu sein. Seit Jahren versucht uns Geschäftsführer Schindler

ezuzureden, dass der Vollbetrieb der Anlage unmittelbar bevorsteht. Tatsache ist, dass nach wie vor mehr Gas zugekauft werden muss, als in das Gasnetz eingespeist werden kann. Im März des Jahres steht einer Einspeisung von ca. 40.000 m<sup>3</sup> ein Zukauf von ca. 45.000 m<sup>3</sup> gegenüber. Während des Stillstandes der Anlage mussten lediglich ca. 10.000 m<sup>3</sup> pro Monat eingekauft werden. Diese Zahlen beweisen, dass die Anlage noch immer nicht profitabel betrieben werden kann. Ständig auftretende Schäden bei einzelnen Anlagenteilen führen zu zusätzlichen Kosten, wobei notwendige Reparaturen aus Geldmangel oft gar nicht durchgeführt werden können.



### Behördliche Auflagen sind noch nicht vollständig erfüllt

„Zusammenfassend wird daher festgestellt, dass die erforderlichen Unterlagen und Nachweise für den bescheidgemäßen Betrieb der Biogasanlage der Le Gas GmbH in Leoben nach wie vor nicht

vollständig vorliegen. Die entsprechenden oben angeführten Ergänzungen sollten von der Behörde daher umgehend eingefordert werden“ – so lautet der Schlussabsatz eines 13-seitigen Berichtes des Gutachters an die Aufsichtsbehörde.

Fortsetzung auf Seite 2

### Fehlinvestition Schubhaftzentrum

Verschwendung von Steuergeld ohne Nutzen für Region

Seite 2

### Gösser Brauerei will 2. Biogasanlage in Leoben

FPÖ wird Sorgen der Anrainer ernst nehmen

Seite 3

### Aktuelle Gemeindepolitik

Zahlreiche Projekte erfordern hohen finanziellen Aufwand

Seite 4 + 5

### Aus für Erzbergbahn

SPÖ und ÖVP unternehmen nichts gegen touristischen Rückschlag

Seite 6



### Bundes- und Gemeinderat GERD KRUSCHE

#### Sprechstunde:

Freitag 17.30 – 18.30 Uhr  
oder nach Vereinbarung

#### Kontakt:

gerd.krusche@parlament-gv.at

### FPÖ-Bezirksbüro ÖFFNUNGSZEITEN

Mo	8.00 – 12.00
Di	9.00 – 11.00
Do	9.00 – 11.00
Mi u. Fr	17.00 – 19.00

Franz-Josef-Straße 25  
Tel. 0664/312 07 09  
leoben@fpoe-stmk.at

Fortsetzung von Seite 1

Im Einzelnen werden hauptsächlich fehlende Nachweise über die Einhaltung von Emissionsgrenzwerten gerügt. Der Betreiber begründet dies mit der Tatsache, dass der Regelbetrieb noch nicht erreicht sei. Die Wiederinbetriebnahme der Anlage nach der behördlichen Schließung war am 18. Dezember 2012, also vor mehr als einem Jahr!

Die Abfallbehörde hat bereits Strafanträge bei der Bezirkshauptmannschaft eingebracht und wird auch den Bericht vom März der Strafbehörde vorlegen.

### Die Anlage stinkt, ist sie auch gesundheitsgefährdend?

Die Anrainer beschwerten sich nach wie vor über häufig auftretenden ekelregenden Gestank. Da diese Belästigungen meist stoßweise und zeitlich begrenzt auftreten, erweisen sich die stichprobenartig an verschiedenen Punkten für kurze Zeit durchgeführten „Geruchsmessungen“ als eigentlich ungeeignet. Das von der Akademie der Wissenschaften ausgearbeitete Verfahren mag für die Beurteilung von Schweineställen taugen, für die Leobener Biogasanlage aber nicht. Noch viel bedenklicher ist aber, dass für die **Belastung der Bevölkerung durch Emissionen noch keine Messwerte** vorliegen. Die Behörde ist dringend aufgefordert, diesen untragbaren Zustand zu beenden! Bei einer Anlage, von der man weiß, dass sie nicht richtig funktioniert, geht eine potentielle Gesundheitsgefährdung aus – ein Betrieb ohne Kenntnis der tatsächlichen Emissionen erscheint daher grob fahrlässig.

### Warum Bgm. Wallner die Reißleine ziehen wird

Es gibt mehrere gute Gründe für den neuen Bürgermeister

alles zu unternehmen, damit die Biogasanlage, wie von der FPÖ schon lange gefordert, endlich geschlossen wird:

- In weniger als einem Jahr sind Gemeinderatswahlen, ein weiteres Verschleppen des Themas wäre für ihn und seine SPÖ nicht hilfreich.
- Wallner könnte sich als entscheidungsfreudiger „Ma-

cher“ präsentieren, der die Sorgen der Bürger ernst nimmt.

- Die Verantwortung für das wirtschaftliche Desaster und den Verlust des Anteiles der Stadtgemeinde am Stammkapital in Höhe von knapp 780.000 Euro kann er seinem Vorgänger in die Schuhe schieben, zumal ohnehin nicht zu erwarten ist, dass das

investierte Geld jemals zurückfließen wird.

Es kann also vermutet werden, dass unser Neo-Bürgermeister die Chance ergreifen wird, sich von dieser Altlast zu befreien und versuchen wird, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Soll uns auch recht sein, wenn nur die leidgeprüften Anrainer endlich erlöst werden!

## Bundesrat Gerd Krusche zum Schubhaftzentrum in Vordernberg

### Schubhaftzentrum Vordernberg – eine unendliche Geschichte



*Schienen in die Zukunft? In Vordernberg leider Realität.*

Seit Sommer 2007 beschäftigt die Errichtung eines Schubhaftzentrums die FPÖ Leoben. Damals war eine Errichtung in der Stadt, neben dem Justizzentrum, geplant. Durch unseren heftigen Widerstand mit Demonstrationen, Unterschriftenlisten u.s.w. konnte dieses Vorhaben verhindert werden. Leider wurde dann der SPÖ-Bürgermeister von Vordernberg aktiv und bewarb sich um dieses Zentrum. Er hoffte damit die finanziellen Probleme seiner Gemeinde in den Griff zu bekommen. Die Initiative der FPÖ für eine Volksbefragung wurde mit zweifelhaften Mitteln unterlaufen, so dass schließlich im Dezember 2009 die Suggestivfrage gestellt wurde: „Sind Sie für eine positive Gemeindeentwicklung, [...] die Absicherung der Infrastruktur, [...] die Schaffung von 150 zusätzli-

chen Arbeitsplätzen [...]“ Der Ausgang der Geschichte ist bekannt – nach erheblichen Verzögerungen und mit Mehrkosten, wegen Streitigkeiten mit Anrainern und der Hochwasserschutzproblematik, wurde vor kurzem eröffnet.

Meine ständige Kritik war auch, dass eine zukunftsorientierte Politik für diese Gemeinde auf touristische Ziele fokussiert sein muss. Das montanhistorische Juwel „Radwerk IV“ und das Skigebiet Präbichl werden in den negativen Schlagzeilen rund um das Schubhaftzentrum verpuffen, lauteten meine Befürchtungen. Leider ist es genau so gekommen. Bei Nennung des Namens Vordernberg denkt niemand an den Slogan „Auf! aufn echten Berg“, sondern jeder an die Diskussion um bedenkliche Ausgliederungen von hoheitlichen Aufgaben an Private und

an die Kritik der Volksanwaltschaft, Verzögerungen bei der Genehmigung und an die enorme Verschwendung von Steuermitteln für derzeit gerade mal eine Handvoll Schubhäftlinge. Auch das mit dem Erhalt der Infrastruktur funktioniert nicht wirklich – die Schule wird geschlossen!

Ich werde das Thema in Kürze zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage an die Innenministerin machen. Dabei hoffe ich, Klarheit darüber zu gewinnen, ob die derzeit kursierenden Gerüchte tatsächlich der Wahrheit entsprechen:

- über 30 Polizeibeamte bewachen kaum mehr als 10 Schubhäftlinge,
- täglich sind etwa 20 Bedienstete der privaten Firma G4S anwesend,
- die Zahl der Häftlinge wird in absehbarer Zeit auch nicht wesentlich steigen, weil es in ganz Österreich nur ca. 40 Schubhäftlinge gibt,
- die monatlichen Fixkosten des Anhaltezentums liegen zwischen 300.000 und 400.000 Euro.

Ich bin schon gespannt, was ein Schubhäftling in Vordernberg, den von Sparpaketen geknechteten Steuerzahlern, kostet! *Bundesrat Gerd Krusche*



Eine Handvoll Demonstranten im Kampf für Biertreber

## Biogasanlage in Göss – droht wieder ein Desaster?

**Brauerei will Vergasungsanlage für Biertreber errichten.**

Der letzte Akt im Projekt „Grüne Brauerei“ des Heinen-Konzerns auf dem Weg zur Energieautarkie, ist die Errichtung einer Biogasanlage zur Verwertung von Biertreber in Göss. Dem leidgeprüften Leobener stehen sofort die Haare zu Berge, wenn er das Wort Biogas hört. Entgegen dem Versuch einer anderen Gemeinderatsfraktion dagegen zu polemisieren ist die FPÖ für eine sachliche Diskussion.

### Was spricht für diese Anlage?

- Die Gösser Brauerei will mit der „Grünen Brauerei“ ein Modellbetrieb innerhalb des Konzerns werden. Dieses Vorzeigeprojekt ist daher unbestritten ein wichtiger Faktor zur Erhaltung des Standortes und damit positiv für den Wirtschaftsstandort Leoben.
- Der Anlagenerrichter hat große internationale Erfahrung auf dem Gebiet Biogas und ist ein hoch innovatives steirisches Unternehmen.

- Die Technologie ist – im Vergleich zur existierenden Biogasanlage in Leoben – eine völlig andere. Es gelangen ausschließlich Vergärungsrückstände aus dem eigenen Betrieb in einem geschlossenen System zum Einsatz.
- Die Verantwortlichen der Brauerei versuchen eine professionelle und relativ offene Informationspolitik zu machen. Sie scheinen auch bereit auf Anregungen aus der Bevölkerung Rücksicht nehmen zu wollen.
- Die Brauerei kann sich keinen Reputationsverlust vor ihrer eigenen Haustüre leisten und eine schlechte Presse schon gar nicht.

### Was spricht dagegen?

- Die Leobener Bevölkerung hat bisher nur schlechte Erfahrungen, zum Thema der biologischen Vergasung, gemacht. Sie leidet unter einer nicht funktionierenden, stinkenden, teilweise lauten und unwirtschaftlichen Anlage, sie wurde getäuscht, vertrös-

tet und angelogen, jedenfalls aber im Stich gelassen.

- Die geplante Anlage befindet sich ebenfalls im Nahbereich von Siedlungen.
- Es gibt keine wirklich vergleichbare Referenzanlage. Beim Beschreiten von technologischem Neuland besteht immer das Risiko, dass irgendetwas schiefgeht oder etwas nicht so funktioniert wie es geplant ist.
- Die heimischen Bauern haben Sorge, über ihre zukünftige Versorgung mit Biertrebern – ein kostengünstiges und effizientes Düngemittel. Eine wichtige Vorentscheidung, die notwendige Umwidmung des Grundstückes, wird in der Gemeinderatssitzung im Juni fallen. Für die FPÖ sind dabei die Anrainerinteressen vorrangig. Wenn es nicht gelingt, alle berechtigten Bedenken, hinsichtlich Sicherheit und Immissionsschutz, auszuräumen, werden wir unsere Zustimmung verweigern. Im Zweifelsfall für die Bevölkerung!

### Unsachliche Polemik bemächtigt sich des Themas

Eine Bürgerliste versucht wieder einmal die Diskussion für ihre eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren.

Im Zuge einer Demonstration wurde gleich einmal die Turmgasse, eine der wichtigsten Verkehrsadern Leobens, für eine Stunde am Freitagvormittag blockiert. Ob dies für ein kleines Häufchen Demonstranten gerechtfertigt ist, kann angezweifelt werden, zumal sich dort anscheinend nicht überwiegend die betroffenen Anrainer, sondern die Bauern aus der Umgebung ein Stelldichein gaben. Von gezählten 11 Traktoren hatten 10 ein LN-Kennzeichen. Bei allem Verständnis für die Landwirte – der Kauf von Biertrebern ist kein Grundrecht für das eine Demonstration angebracht ist. Der Bauernschaft wäre wahrscheinlich mit konstruktiven Verhandlungen mit der Brauerei als Verkäufer besser gedient.

## Frankfurter Schule oder warum wir so ticken wie wir ticken

Teil II

Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges war die jahrhundertalte feudale Weltordnung intakt. Kaiser, Klerus und Adel regierten das Land gottgewollt, in einer strengen hierarchischen Ordnung. Im 1848 erschienenen Werk „Das Kapital“ beschreibt Marx die Mechanismen des Kapitalismus und im Kommunistischen Manifest postulierte er das Ende der feudalen Ordnung durch den Kapitalismus, der schlussendlich in die Weltherrschaft des Proletariats mündet. Der Versuch eine kommunistische Regierung in Mittel- und Westeuropa zu bilden, scheiterte. Um jedoch den Kommunismus in das Bewusstsein der Menschen zu bringen, kamen die Vertreter dieser Ideologie auf die Idee, diese in jede Institution zu etablieren. Das Institut für Marxismus wurde in Frankfurt gegründet, die Ideen, welche dort ausgearbeitet wurden, bestimmen noch heute, in vielen Bereichen, die Denkweise der meisten Menschen. Eine ausgeklügelte „Denkwaschmaschine“, basierend auf der Psychoanalyse wurde entwickelt um den Kommunismus in der westlichen Welt zu etablieren. Die Gründungsmitglieder trugen durchaus klingende Namen: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Leo Löwenthal, Franz Neumann, Otto Kirchheimer und Friedrich Pollock. Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Leo Löwenthal, Franz Neumann, Otto Kirchheimer und Friedrich Pollock, jene, die in späterer Folge auch den Büchermarkt mit ihren Denkergebnissen überschwemmen. Doch bevor die Frankfurter Schule ihre Lehren in die Realität umsetzen konnte, kamen die Nationalsozialisten an die Macht. Die Protagonisten flohen aus Deutschland und fanden eine neue Heimat in den USA: Horkheimer baute dabei das Institut für Sozialforschung an der Columbia University in New York auf. 1945 wird ein Teil von ihnen nach Deutschland zurückkommen. Ihr Auftrag im Namen der USA: „Reeducation of Germany“ (Umerziehung der Deutschen).

Fortsetzung folgt

**Die 68er und die Wiedergeburt des Kommunismus**

eine Serie von Dr. J. Mogeritsch



## Verkauf der LCS-Anteile für Investitionen in die Zukunft

5 Mio. Euro stehen durch den Ausstieg der Stadt Leoben beim LCS zusätzlich zur Verfügung. Aus diesem Grund fand der Anteilsverkauf auch die Zustimmung der FPÖ. Wir werden aber genau darauf achten, dass dieses Geld nicht für Wahlkampfschmuck des neuen Bürgermeisters verschwendet wird, sondern für zukunftsweisende Vorhaben verwendet wird. Eines dieser Projekte wird wahrscheinlich der Erhalt des Kongressstandortes Leoben sein. Sollten die Pläne zur Erweiterung des Einkaufszentrums bis zum Alten Rathaus verwirklicht werden, wird eine Neuerrichtung des in die Jahre gekommenen Kongresses unumgänglich. Für eine Stadt wie Leoben, die sich gerne als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Obersteiermark sieht, sind geeignete Veranstaltungsräumlichkeiten im Zentrum unbedingt notwendig. Für uns ist daher die Erstellung eines Gesamtkonzeptes, einschließlich eines adäquaten Hotels, wichtig. Eine Verminderung der Bettenkapazität, durch eine ersatzlose Schließung des bestehenden Hotels und eine Verlagerung von Kongressräumlichkeiten an einen anderen Standort, wäre ein infrastruktureller Rückschritt.

## Aktuelle Bauvorhaben müssen ohne Inanspruchnahme des LCS-Erlöses finanziert werden

Die Sanierung der Kerpelystraße wird endlich Realität. Nicht zuletzt durch das Entgegenkommen unseres Landesrates Kurtzmann und die Unterstützung durch die VOEST kann dieser Straßenzug in den

# Aktuelles aus der



nächsten beiden Jahren saniert werden. Dass die Stadtgemeinde auch einen wesentlichen Beitrag leisten muss, ist logisch, denn die Kerpelystraße ist überwiegend für den innerstädtischen Verkehr wichtig. Auch das geplante Parkdeck beim Bahnhof ist eine alte Forderung der Freiheitlichen. Die Stadtgemeinde Leoben hat lange versucht, ihre Verantwortung für Pendler abzuschieben. Im Kampf gegen Abwanderung ist es aber bedeutsam, auch jenen Bürgern entgegenzukommen, die keinen Arbeitsplatz in Leoben haben und ihnen den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern. Das von Altbürgermeister Konrad vorgebrachte Argument, eine P+R Anlage beim Bahnhof würde nur von Bewohnern der Umlandgemeinden in Anspruch genommen werden und Leoben soll dafür bezahlen, greift zu kurz. Stirbt die Region rund um Leoben, wird sich auch die Stadt nicht als Insel der Seligen halten können. Schließlich profitiert nicht zuletzt der Handelsplatz Leoben von der gesamten Region. Darüber hinaus ist ein leistbares Parken in Zentrumsnähe auch für viele Einpendler von Bedeutung.

## Verschleierung der Kosten für die Parkraum- bewirtschaftung

In mehreren Anträgen hat die

FPÖ bereits einen Vorstoß unternommen, die doppelgleisige und finanziell undurchschaubare Parkraumbewirtschaftung in einer Verantwortung zu bündeln. Im Zuge der Errichtung des Asia Spa wurde der Betrieb der Parkplätze beim Asia Spa, der Hauptplatztiefgarage und der Grünen Zonen den Stadtwerken zugeteilt.

Die Verwaltung der Blauen Zonen verblieb bei der Hoheitsverwaltung der Gemeinde. Damals war man offensichtlich der irrigen Meinung, so die defizitären Stadtwerkebilanzen etwas aufmöbeln zu können. In Wahrheit schrieb der eigens geschaffene Betrieb Parkraum-service bisher nur rote Zahlen. Das wäre eigentlich vorhersehbar gewesen, denn allein die Raten für die Tiefgarage im Alten Rathaus belasten mit rund 168.000 Euro jährlich. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde von SPÖ und KPÖ beschlossen, diesen Pachtzins den Stadtwerken zu erlassen. Die Kosten trägt die Hoheitsverwaltung, die Erlöse lukrieren die Stadtwerke – ein billiger Trick zur Bilanzkosmetik! Hinzu kommt noch, dass die Überwachung der Grünen und Blauen Zonen vom selben Personal vorgenommen wird und mittels zusätzlichen Verwaltungsaufwands gegengerechnet werden muss. Unsere Forderung, Kostenwahrheit zu schaffen und die gesamte

# Gemeindepolitik

Parkraumbewirtschaftung entweder bei der Hoheitsverwaltung oder den Stadtwerken zu bündeln, wird verschleppt. Wenn es das neue Parkhaus beim Bahnhof gibt, müsse sowieso alles neu überdacht werden, lautet die Ausrede.

## Finanzmittel für Neubau der Oberlandhalle nur bei Nutzen für die Stadt!



Die bestehende Oberlandhalle in Leitendorf erfüllt nicht mehr die EU-Vorgaben für eine Viehversteigerungshalle, deshalb soll bei der Anschlussstelle Leoben Ost ein Neubau errichtet werden. Es ist zu erwarten, dass die Stadtgemeinde einen erheblich finanziellen Beitrag dazu leisten muss. Dies wird aber nur dann unsere Zustimmung finden, wenn die Wünsche Leobens berücksichtigt werden und ein Mehrwert für die Bevölkerung gesichert ist. Konkret geht es dabei um die Möglichkeiten diese Halle auch für Veranstaltungen (Konzerte, Ledersprung etc.) nützen zu können. Dabei muss auch der einzigartige Arena-Charakter der alten Halle erhalten werden. Außerdem sollen Zusatznutzungen, wie beispielsweise für den Stocksport, angedacht werden. Eine besondere Herausforderung stellt auch die städtebauliche Nachnutzung des bisherigen Areals dar. Aus unserer Sicht wäre es eine große entwicklungspolitische Chance, für den ganzen Stadtteil Leitendorf ein Gesamtkonzept zu

erstellen. In unmittelbarer Nähe befinden sich ja auch noch das alte Hallenbad und das Gelände der ehemaligen Magindag.

## Begegnungszentrum Donawitz als Ersatz für das geschlossene Freibad

Als Trostpflaster für die willkürliche Schließung des beliebten Donawitzer Bades bemüht sich die SPÖ, mit Hilfe der VOEST, die Bevölkerung mit einer Art Begegnungszentrum, für junge und ältere Menschen, zu beruhigen. Im Bewusstsein, dass eine Wiedereröffnung des Freibades eine Illusion ist und dass schlussendlich mit dem Verhindern dieses Alternativkonzeptes den Donawitzern auch nicht geholfen wäre, bewerten wir dieses Konzept grundsätzlich positiv. Allerdings haben wir Zweifel, ob es gelingen wird, die Senioren, beispielsweise aus anderen Stadtteilen, damit nach Donawitz zu locken. Jedenfalls ist dazu mehr nötig, als nur die Errichtung eines neuen Gebäudes. Mit Sicherheit dringend erforderlich wäre eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

## Mehr Öffentlichkeit für Gemeinderatssitzungen

Bereits im Jahr 2011 wurde seitens der FPÖ-Gemeinde-

ratsfraktion der Antrag gestellt, GR-Sitzungen im Sinne der Transparenz und Bürgerbeteiligung im Internet erstens via Livestream und zweitens als archiviertes Video zur Verfügung zu stellen. Damals wurde dieser Antrag von der Mehrheitsfraktion mit der Argumentation, die Technik sei noch nicht so weit, abgelehnt. In einem Interview mit dem neuen Bgm. Wallner in der Kleinen Zeitung wurde jedoch in Aussicht gestellt, dieses Projekt verwirklichen zu wollen. Nunmehr versuchte GR Geiger einen neuen Anlauf. Diesmal wurde der Antrag einem Ausschuss zugewiesen. Große Bedenken wurden über die rechtliche Zulässigkeit geäußert und dabei sogar das sogenannte Versteinerungsprinzip bemüht, nachdem der Gesetzgeber unter „öffentlich“ nur gemeint habe, jedermann der zur Sitzung geht, dürfe zuhören. Ein Zuhören über moderne Medien sei aber damit nicht erlaubt, da es diese bei der Gesetzeswerdung noch nicht gegeben hat. Eine fadenscheinige Argumentation, schließlich werden Parlaments- und Landtagssitzungen auch übertragen.

## Volksbürgermeister

Das will der neue Bgm. Wallner sein. Er wolle damit zeigen, dass er für alle da sei, unabhängig von parteipolitischer Zugehörigkeit. Wir wissen alle, dass er Teil der SPÖ ist – er wird daher erst beweisen müssen, ob der Schachzug mit dem Volksbürgermeister mehr als nur ein

„Gag“ ist. „Jedem Menschen Recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“ lautet eine alte Redensart. Auch Wallner wird dies nicht können. Schlussendlich wird er an seinen Taten gemessen werden und nicht an seinen Absichten. Er wird beweisen müssen, ob er auch innerparteilich die Kraft hat, sich zu emanzipieren und wirklich eine Politik zu machen, die sich an den Interessen der Bevölkerung orientiert und nicht an denen seiner Partei. Die FPÖ wird diesen Prozess jedenfalls genau und kritisch beobachten!

## Parkplatzmisere in Lerchenfeld

„In den letzten Jahren nimmt die Zahl der zugelassenen PKWs stetig zu. Die Zahl der Parkplätze – vor allem in dicht besiedelten Wohngebieten – reicht oft nicht aus, um den ständig wachsenden Bedarf zu decken. Besonders virulent ist das Problem in Lerchenfeld und hier bei den sogenannten „Zeilehäusern“. Bewohner stehen oftmals vor der Situation in Parkverboten stehen zu müssen, um lange Wege zu ihren PKWs zu vermeiden. Außerdem kommt es durch die knappe Parkplatzsituation immer wieder zu Streitereien zwischen den Bewohnern. Diese Situation ist inakzeptabel“ – so lautete die Begründung eines Freiheitlichen-Antrages zur Erstellung eines Parkplatzkonzeptes in Lerchenfeld in der GR-Sitzung im September 2013. Dieser Antrag wurde von der SPÖ natürlich abgeschmettert, da kein Handlungsbedarf bestehe und genügend Parkplätze zur Verfügung stünden. Mittlerweile wissen wir, dass die geplante Errichtung einer Carportanlage zu hitzigen Debatten und Bürgerprotesten führt. Vielleicht hätte unser Antrag die Probleme bereits im Vorfeld besser lösen können. Er ist aber leider von einer Oppositionspartei gekommen ...

## Neubau Begegnungszentrum



# Aus für Erzbergbahn – warum sind SPÖ und ÖVP so schweigsam?

Das bevorstehende Ende der Erzbergbahn scheint die Vertreter der beiden Regierungsparteien nicht sonderlich zu berühren.

Ein letzter verzweifelter Hilferuf des Vereins Erzbergbahn zur Rettung dieses touristisch und kulturell bedeutenden Eisenbahnjuwels wird wahrscheinlich ebenso ungehört verhallen, wie alle seit nunmehr 2 Jahren vergeblich andauernden Bemühungen. Begonnen hat alles mit der Absicht der ÖBB, die Strecke zu einem Wucherpreis zu verkaufen und damit dem Verein die Lebensader abzuschneiden. Konzepte wurden erstellt, Gespräche geführt, doch die verantwortlichen Landespolitiker stellten sich taub. Einzig und allein Landesrat Kurzmann hat sich bereit erklärt, einen finanziellen Beitrag zu leisten, obwohl der Betrieb der Erzbergbahn ausschließlich touristischen Zwecken dient und keine Funktion für den Gü-

ter- oder Personennahverkehr hat. Auch ein Schulterchluss der Bürgermeister von Leoben bis Eisenerz blieb wirkungslos.

## ÖBB stellt Ultimatum

Das letzte Angebot der ÖBB lautet auf 411.000 Euro für 1,9 km Strecke, andernfalls wird rückgebaut und der Verein kann mit seinen Schienenfahrzeugen nicht mehr vom Bahnhof Vordernberg, die in seinem Besitz befindlichen Gleise, vom Bahnhof Vordernberg Markt auf den Präbichl, erreichen. Dies würde das endgültige Aus für das technische Denkmal Erzbergbahn bedeuten.

## Reformpartnerschaft stellt sich taub

Der für Tourismus zuständige



Eine Region mit außergewöhnlichen Perspektiven.

Eine Region mit traurigen Perspektiven

LH-Stv. Hermann Schützenhöfer ließ wissen, dass die Angelegenheit nicht in den Zuständigkeitsbereich des Tourismusressorts falle.

Dies ist eine ungeheure Ignoranz gegenüber den Interessen eines ohnehin wirtschaftlich benachteiligten Gebietes. Schließlich erfreute sich die Bahn großer Beliebtheit, ist ein touristisches Zugpferd und bringt viele Gäste in die Region.

Bei Eisenbahnfreunden im ganzen deutschsprachigen Raum ist diese historisch bedeutende Strecke in einer herrlichen Landschaft bekannt und geschätzt.

Auch für die betreffenden SPÖ-Gemeinden zeigt Landeshauptmann Voves keinerlei Bereitschaft zur Unterstützung

und lässt nach mehrmaliger Urgenz lapidar wissen, dass die zuständige Abteilung für Landes- und Gemeindeentwicklung eine finanzielle Unterstützung nicht empfiehlt. Dies lässt nur einen Schluss zu: Die von Abwanderung schwer gezeichnete Krisenregion Vordernbergertal wurde von der rot-schwarzen Reformpartnerschaft bereits aufgegeben. Die schwindende Einwohnerzahl scheint die Gegend nicht mehr zum interessanten Wählerpotential zu machen.

In Anbetracht dieser Tatsache erscheint auch die Zahl von insgesamt sechs Abgeordneten der beiden Regierungsparteien aus Bund und Land, die allesamt nichts zur Erhaltung dieses „Kleinodes“ beitragen konnten, deutlich überhöht.

# Hypo Alpe Adria Desaster – wie es ein roter Parteisoldat uns gerne einreden möchte

LAbg. Lang versuchte sich als Kommentator.

In der letzten SPÖ-Parteizeitung fühlte sich der Leobener Abgeordnete und Gemeinderat bemüht, seine Sicht zur Causa Hypo darzulegen. Und die ließ, wie es sich für einen braven Parteigänger gehört, nur einen Schluss zu: Die FPÖ ist schuld. Dabei übersieht er, dass SPÖ und ÖVP in Kärnten federführend am Desaster mitwirkten. Das zeigt sich auch daran, dass der einzige bisher verurteilte Politiker der ehemalige ÖVP-Landesrat Martinz ist, der im Aufsichtsrat der

Hypo war. Der wahre Milliarden-Skandal für Österreich liegt aber in der „Nacht-und-Nebel-Aktion“ von Ex-ÖVP-Finanzminister Josef Pröll, der ohne Rechtsbeistand in Bayern Verhandlungen mit dem damaligen Eigentümer, der Bayerischen Landesbank, mit dem Ergebnis der „Notverstaatlichung“ (ohne Not) führte und in der jahrelangen Untätigkeit von Finanzminister Spindelegger und Kanzler Faymann.

Hannes Androsch, legendärer Ex-SPÖ-Finanzminister, Eh-

renringträger und Ehrenbürger von Leoben, urteilte im Nachrichtenmagazin „Format“ über die aktuelle „Anstaltslösung“, dass es nicht sein könne, dass der Bund nun nur die Steuerzahler zur Kassa bitte. Die Anstaltslösung wäre sinnvoll gewesen, so Androsch weiter, hätte man diese gleich umgesetzt. Die Finanzminister der vergangenen mehr als vier Jahre hätten vielmehr „gehofft, dass ein Wunder passiert“. Bei der Hypo Alpe-Adria habe sich aber „das Prinzip Hoffnung

mit Naivität und Sachunkundigkeit gepaart“, so der ehemalige SPÖ-Minister, der auch forderte, dass auch die frühere Hypo-Eigentümerin BayernLB mitzahlen müsse sowie zur Klärung der politischen Verantwortung ein U-Ausschuss sinnvoll sei.

Vielleicht wäre die SPÖ Leoben in Hinkunft besser beraten, ihren Parteikollegen und Leobener Würdenträger Androsch um die Abgabe von Kommentaren in ihrer Zeitung zu bitten.

# Georg Mayer

Steirischer Spitzenkandidat für EU-Wahl im Gespräch



## **In wenigen Tagen stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament an. Was unterscheidet die FPÖ von den anderen kandidierenden Parteien?**

Wir sind die einzig ernstzunehmende Kraft, die sich auf europäischer Ebene für die Interessen Österreichs einsetzt und dies auch glaubwürdig und unnachgiebig vertritt. Während SPÖ, ÖVP, Grüne und NEOS noch mehr österreichische Kompetenzen an die EU abtreten wollen, kämpfen wir Freiheitliche für den Erhalt der Souveränität Österreichs. Wir wollen keinen zentralistischen Bundesstaat nach dem Muster der USA, sondern eine Konföderation gleichberechtigter Nationalstaaten mit starken direktdemokratischen Elementen.

## **Direktdemokratische Elemente sind ein gutes Stichwort – die FPÖ fordert eine Volksabstimmung über Hilfszahlungen für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Warum?**

Wir müssen aus Gründen der Budgetknappheit im eigenen Land Krankenhäuser, Geburtenstationen, Bezirksgerichte und Schulen schließen, für EU-Pleite-Staaten und Spekulationsbanken scheint jedoch Geld im Überfluss vorhanden

**Georg Mayer, Klubchef der Freiheitlichen im Landtag Steiermark, kandidiert auf dem aussichtsreichen dritten Listenplatz der FPÖ für die Europawahl. Der gebürtige Feldbacher hat damit reelle Chancen als einer von 18 Österreichern ins Europaparlament einzuziehen. Mayer, der bereits auf eine dreijährige Brüssel-Erfahrung zurückblicken kann, bekleidete unter anderem die Funktion des Generalsekretärs der ITS-Fraktion im Europaparlament und ist Europasprecher der Steirischen Freiheitlichen.**

zu sein. Österreich hat 2,2 Milliarden für die Rettung ausländischer Pleitebanken zur Verfügung gestellt – dieses Geld fehlt uns nun im eigenen Land. Zusätzlich hat sich Österreich durch die Zustimmung von SPÖ, ÖVP und Grünen dazu verpflichtet, Haftungen in der Größenordnung von über 80 Milliarden einzugehen – dies ist eine schier unvorstellbare Summe. Ein Vergleich dazu: würde man Hundert-Euro-Scheine aneinanderreihen, um auf diesen Betrag zu kommen, wäre diese Geldlinie so lang, dass man dreimal die Erde umspannen müsste. Die Landesregierung von Wien lässt über eine Fußgängerzone das Volk abstimmen, wenn Österreich aber Haftungen in der Größenordnung von 80 Milliarden Euro übernimmt, verweigern Rot, Schwarz und Grün dem Volk eine Mitbestimmung. Direkte Demokratie sieht anders aus.

## **Welche Konsequenzen hat die seit 1.1. vollzogene Öffnung des Arbeitsmarktes für Rumänien und Bulgarien für die Steiermark?**

Bereits jetzt beklagen zahlreiche Unternehmer, dass sie einem Lohndumping von ausländischen Unternehmern ausgesetzt sind.

Gemäß einer Statistik des Sozialministeriums ist im 3. Quartal des letzten Jahres die Zahl der unselbständig beschäftigten inländischen Arbeitskräfte um 1.600 gesunken, während die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im gleichen Zeitraum um über 7.700 Personen anstieg. Ob man es zur Kenntnis nehmen will oder nicht: der Verdrängungswettbewerb am steirischen Arbeitsmarkt ist eine Tatsache und kann nicht geleugnet werden. Diese Situation wird sich mit der Arbeits-

marktöffnung für Rumänien und Bulgarien weiter verschärfen.

## **Die Erhöhung der EU-Beiträge Österreichs stößt vielen Menschen sauer auf. Ihre Position dazu?**

Diese Erhöhung haben wir den EU-hörigen Parteien SPÖ, ÖVP und Grünen zu verdanken. Bereits im Jahr 2011 hat Österreich rund 2.700 Millionen Euro nach Brüssel abgeführt, aber nur 1.900 zurückerhalten. 800 Millionen Euro sind uneinbringlich in Brüssel geblieben, dieses Geld hätten wir dringend im eigenen Land gebraucht. Eine Halbierung der EU-Beiträge ist längst überfällig. Wir sind weder der Bankomat noch das Sozialamt für Süd- und Osteuropa! Es gibt genügend Baustellen im eigenen Land – um diese sollten wir uns in erster Linie kümmern.

## **Die Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen ist traditionell sehr niedrig. Worauf ist das zurückzuführen?**

Die Menschen spüren, dass das Kunstgebilde EU nicht in der Lage ist, die drängenden Probleme der Zeit zu lösen. Es braucht daher eine Trendwende, die am besten mit einer Denkwahl gegen SPÖ, ÖVP und EU-Bürokratismus ihren Anfang nimmt. Die FPÖ ist die einzige rot-weiß-rote Alternative zum Status quo.

## Blumen für die Leobenerinnen



Traditionell verteilen auch heuer wieder Mitglieder der FPÖ Leoben zum Valentinstag und anlässlich des internationalen Frauentages Blumen. Diese kleine Aufmerksamkeit für unsere Damen wird immer gerne angenommen.

## Information in allen Stadtteilen

Die FPÖ möchte möglichst in allen Ortsteilen Leobens aktuelle Informationen für die Bevölkerung zur Verfügung stel-

len. So wurde, wie schon in Göss und Donawitz, nun auch in Lerchenfeld ein Schaukasten angebracht.



## Roland Krusche – RFJ-Obmann und Kammerrat

Seit gut einem Jahr ist Roland Krusche nun Bezirksobmann des RFJ Leoben und darf mit

einem Team junger, engagierter Leute zusammenarbeiten. Eines seiner Hauptziele ist es, die Jugend über die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren und auf die Wünsche und Sorgen von Lehrlingen und Schülern einzugehen. Dazu möchte er Workshops zu Jugendthemen veranstalten. Seine Tätigkeit als frisch gewählter Kammerrat in der AK ermöglicht es ihm, viele politische Themen zu behandeln.



## Einsatz für Österreich in der EU

Der steirische Spitzenkandidat für die Europawahlen, LABg. Dr. Georg Mayer, besucht re-

gelmäßig Leoben und wird dabei tatkräftig von BR Gerd Krusche unterstützt.

